



05/19

## Aktuelle Informationen zur Diskussion um das SGB VIII (KJHG)

Nach dem gescheiterten Versuch einer Novellierung des SGB VIII (KJHG) 2017 mit dem sog. Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) hat die Bundesregierung einen neuen Anlauf zur Weiterentwicklung des SGB VIII begonnen. Dazu wurde ein komplexer Dialogprozess begonnen, der mit der Internetseite [www.mitreden-mitgestalten.de](http://www.mitreden-mitgestalten.de) begleitet wird.

Nachdem 2017 der Bundestag dem KJSG trotz aller Kritik (u.a. an der beabsichtigten Öffnungsklausel für minderjährige Flüchtlinge, der frühzeitige Perspektivklärung bei Fremdunterbringung, der Einlösung von Ansprüchen auf Hilfen zur Erziehung durch Angebote der Infrastruktur) zugestimmt hatte, haben wir nicht aufgegeben.

Wir haben damals alle Landesregierungen aufgefordert, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu verweigern und waren, gemeinsam mit den anderen Kritikern, erfolgreich. Im Bundesrat fand eine Abstimmung dieses Gesetzentwurfes nicht statt.

Im Zentrum des nun begonnenen Prozesses steht eine Arbeitsgruppe von etwa 60 Expert\*innen, die über die künftigen Änderungen beraten. In dieser Arbeitsgruppe ist ver.di vertreten.

Sie soll zu den Themen Kinderschutz, Unterbringung außerhalb der eigenen Familie, Sozialraum und Inklusion einen Austausch vornehmen. Die Ergebnisse sollen in ein anschließendes Gesetzgebungsverfahren einfließen.

**Unser Ziel ist es, Änderungsbedarfe aus der Praxisperspektive zu benennen und einzubringen.**

Bereits in der Koalitionsvereinbarung wurde formuliert, dass diese Diskussion auf Basis des KJSG geführt werden.

Darum steht die aktuelle Diskussion in einem Spannungsfeld. Die proklamierten Ziele: Stärkung der Kinder, Orientierung am Kindeswohl, Schaffung eines wirksamen Hilfesystems bilden die Überschrift. Die konkreten Änderungsvorhaben wurden von uns bereits beim KJSG kritisiert und können diese Ziele nicht einlösen.

### Wir beziehen Position:

- eine Verbesserung der Kinder- und Jugendhilfe ist nicht zum Nulltarif zu haben
- es besteht dringender Bedarf an Ausbau und Investitionen in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe
- zur Bewältigung des allgegenwärtigen Fachkräftemangels bedarf es Qualifizierungsinitiativen auf allen Ebenen und der Steigerung der Attraktivität der Ausbildungen und der Tätigkeiten,
- zur Sicherstellung einer sachgerechten Realisierung des Gesetzes sind Mindeststandards für gute Arbeitsbedingungen erforderlich

Auf der Seite [www.mitreden-mitgestalten.de](http://www.mitreden-mitgestalten.de) besteht für alle Fachkräfte die Möglichkeit zu den Einzelthemen Kommentare oder Stellungnahmen abzugeben.

Darüber hinaus soll durch Gruppeninterviews und daran anschließende Befragungen die Praxisperspektive Berücksichtigung finden.

Wir haben Kolleg\*innen aus der ganzen Republik für die Gruppeninterviews benannt und werden mit vielen Kolleg\*innen an der Online-Befragung teilnehmen.





Da die bisherigen Diskussionen sehr stark auf bereits im KJSG formulierte Änderungsvorschläge begrenzt sind, ist es an uns, die grundsätzlichen und bedeutenden Probleme in der Praxis darzustellen und dort Änderungen einzufordern wo es aus Sicht der Fachkräfte wirklich wichtig ist.

Unter den Überschriften Unterbringung außerhalb der eigenen Familie und Kindeswohl haben bislang zwei inhaltliche Sitzungen der Arbeitsgruppe des Ministeriums stattgefunden.

Wir haben darin hervorgehoben, dass das bestehende SGB VIII eine gute Rechtsgrundlage bildet, jedoch die gute Umsetzung oft am Diktat des Haushalts scheitert.

Die Stärkung präventiver Angebote und die Festlegung von Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen (Fallzahlen) haben wir ins Zentrum gestellt.

Unsere Stellungnahmen und weitere Informationen zum Prozess können auf unseren Internetseiten eingesehen werden.

Wir werden weiter über diesen Prozess und dass darauffolgende Gesetzgebungsverfahren berichten.

[www.sozialarbeit.verdi.de](http://www.sozialarbeit.verdi.de) und [www.richtig-was-wert.de](http://www.richtig-was-wert.de)

## Gemeinsam gestalten wir die Zukunft der Sozialen Arbeit.

## ■ Beitrittserklärung ■ Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

ver.di

### Vertragsdaten

Titel	Vorname	Name
Straße		Hausnummer
Land/PLZ	Wohnort	

Staatsangehörigkeit	Telefon
E-Mail	
PLZ	Ort

Ich möchte Mitglied werden ab

0	1	2	0
---	---	---	---

Geburtsdatum

--	--	--	--	--	--	--	--

Geschlecht  weiblich  männlich

### Beschäftigungsdaten

Arbeiter\*in  Beamter\*in  erwerbslos  
 Angestellte\*r  Selbständige\*r

Vollzeit  Teilzeit Anzahl Wochenstunden: \_\_\_\_\_

Auszubildende\*r/Volontär\*in/Referendar\*in  
 Schüler\*in/Student\*in (ohne Arbeitseinkommen) bis \_\_\_\_\_  
 Praktikant\*in  Dual Studierende\*r  Sonstiges

ich bin Meister\*in/Techniker\*in/Ingenieur\*in

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße	Hausnummer
--------	------------

Branche	ausgeübte Tätigkeit	
monatlicher Bruttoverdienst	Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe	Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe
€		

**Monatsbeitrag in Euro**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro.

Ich wurde geworben durch:

Name Werber\*in \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft

von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

### SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE612ZZ00000101497  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

**Zahlungsweise**

monatlich  vierteljährlich  zur Monatsmitte  
 halbjährlich  jährlich  zum Monatsende

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber\*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

BIC	IBAN
-----	------

Ort, Datum und Unterschrift X

### Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!

Personalnummer \_\_\_\_\_

**Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:**  
Ich stimme der Entrichtung meines Mitgliedsbeitrages im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren zu und willige in die Übermittlung der hierfür erforderlichen Daten zwischen meinem Arbeitgeber und ver.di ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber ver.di oder meinem Arbeitgeber widerrufen.

Ort, Datum und Unterschrift X

### Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an<sup>1)</sup> und nehme die Datenschutzhinweise zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift X

<sup>1)</sup> nichtzutreffendes bitte streichen